

Ausländer in Deutschland und in der Europäischen Union werden weiterhin diskriminiert.

Islamkonferenz will islamischen Religionsunterricht auf Deutsch
Aussichten bleiben unklar

Berlin (dpa) - Die Islamkonferenz will die Einführung islamischen Religionsunterrichts als ordentliches Unterrichtsfach in deutscher Sprache an öffentlichen Schulen empfehlen. Vor der dritten Sitzung des Gremiums einigten sich die Vertreter von Bund, Ländern und Kommunen sowie der 3,3 Millionen in Deutschland lebenden Muslime nach Informationen der Deutschen Presse-Agentur dpa in Berlin im Grundsatz auf das Vorhaben. Im Gegensatz zu den christlichen Kirchen gilt der Islam bisher in Deutschland nicht als anerkannte Religionsgemeinschaft mit entsprechender Organisationsstruktur, die Religionsunterricht erteilen kann.

An diesem Donnerstag tritt das Plenum der Islamkonferenz auf Einladung von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) in Berlin zusammen. Schäuble hatte die Deutsche Islamkonferenz 2006 ins Leben gerufen, um gemeinsame Wege zu besserer Integration der Muslime zu beschreiben. «Wir haben die verdammte Pflicht, dass sie sich hier zu Hause fühlen», sagte Schäuble am Dienstagabend bei einer Diskussionsveranstaltung in Berlin.

Eine Sprecherin des Innenressorts bestätigte einen Bericht der «Neuen Ruhr/Neuen Rhein Zeitung», nach dem mit Walid Nakschbandi ein muslimischer Vertreter sein Mandat niederlegte. Das Ministerium bedauere den aus beruflichen Gründen erfolgten Schritt, sagte sie. Grünen-Fraktionsgeschäftsführer Volker Beck warf dem Innenministerium vor, «weder Plan noch Ziel» zu haben. Die Islamkonferenz sollte genutzt werden, «um die moderaten Kräfte in diesem Prozess ausdrücklich zu stärken», sagte Beck der dpa. Am Ende müsse ein Fahrplan zur Gleichstellung und Integration des Islam in Deutschland stehen.

Der Plenumssitzung waren monatelange Verhandlungen in Arbeitsgruppen vorausgegangen. Nach einem Bericht der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» einigte man sich auch auf allgemeine Ziele wie: «Integration verlangt auch von in Deutschland lebenden Muslimen die aktive Bereitschaft zu Erwerb und Gebrauch der deutschen Sprache und darüber hinaus die vollständige Beachtung der deutschen Rechtsordnung und der Werteordnung des Grundgesetzes.» Der Dialog der Islamkonferenz ist auf weitere Jahre angelegt.

Einer Umfrage des Institut TNS Emnid im Auftrag der «Zeit» zufolge fühlen sich drei von vier Deutschtürken nicht von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) vertreten. 78 Prozent der in Deutschland lebenden türkischstämmigen Männer und Frauen antworteten, sie glaubten nicht an Merkels Versprechen, auch die Kanzlerin der hier lebenden Türken zu sein. Dieses Meinungsbild zeigt nach Einschätzung der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung, Maria Böhmer (CDU), «dass wir noch mehr tun müssen, um das Zugehörigkeitsgefühl der türkeistämmigen Zugewanderten zu Deutschland zu stärken».

Trotz einiger Anstrengungen bei der Integration werden Ausländer in Deutschland und in der Europäischen Union weiterhin diskriminiert. Dies ist das Ergebnis zweier neuer Studien, die die ehemalige Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth in Berlin vorstellte. «Es gibt eine durchgängige Benachteiligung ethnischer Minderheiten in der EU», sagte die Präsidentin einer EU- Expertengruppe. Auch in Deutschland seien viele Einwanderergruppen auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft nicht gleichberechtigt.